

Antrag 21/I/2021**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 109/I/2021 (Konsens)****Beste Bildung für alle Kinder! Bildungsgerechtigkeit erkämpfen**

1 Dass der Bildungsweg und die Bildungschancen von Kin-
 2 dern in Berlin und in Deutschland nach wie vor stark von
 3 der Herkunft und dem sozialen Status der Eltern abhängt,
 4 wollen und werden wir nicht hinnehmen. Die Berliner Bil-
 5 dungspolitik braucht daher unter Berücksichtigung der
 6 sorgfältig erarbeiteten Verbesserungen der letzten Jahre
 7 eine Weiterentwicklung der Qualität in allen Berliner Bil-
 8 dungseinrichtungen – Kindergärten, Schulen, Musikschu-
 9 len, Volkshochschulen.

10

11 Dazu halten wir die folgenden Schritte für notwendig:

- 12 1. Verbesserte Rahmenbedingungen in Bildungsein-
- 13 richtungen durchsetzen
- 14 2. Investitionsstau auflösen – in Zukunft investieren
- 15 3. Qualifizierung und Kooperationen für Kinder und
- 16 Jugendliche verstärken
- 17 4. Die Chancen der Digitalisierung nutzen
- 18 5. Sprachbildung intensivieren

19

20 Verbesserte Rahmenbedingungen in Bildungseinrichtun-
21 gen durchsetzen

22 Wir fordern deutlich verbesserte Bedingungen in den
 23 Kindertageseinrichtungen und Schulen in Bezirken mit
 24 vielen bildungsbenachteiligten Familien. Es muss weiter
 25 für eine angemessene Bezahlung von allen Pädagog*in-
 26 nen gekämpft werden. Außerdem muss die Zusammen-
 27 arbeit mit Eltern, etwa durch Stadtteilmütter oder über
 28 das Quartiermanagement intensiviert werden. Die Kapa-
 29 zitäten der Kindergärten und Schulen, etwa für den per-
 30 sonellen Mehraufwand, für Sprachförderkräfte oder Lo-
 31 gopäden, müssen schnellstmöglich deutlich erhöht wer-
 32 den. Zusätzlich muss das Bundesprogramm Sprach-Kita
 33 „Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ verstetigt, zumin-
 34 dest aber verlängert werden. Die Möglichkeiten aus dem
 35 „Gute-Kita-Gesetz“ müssen in Berlin fachlich und sachlich
 36 zwischen den Akteuren diskutiert werden, was das Gesetz
 37 ausdrücklich vorsieht und vorschreibt.

38

39 Mit der Einstellung von Quer-, Direkt- und Seiteneinstei-
 40 ger*innen ist es gelungen, dass die Anzahl der Lehrer*in-
 41 nen in Berlin trotz des bundesweiten Lehrkräftemangels
 42 erneut angestiegen ist. Wir brauchen eine bessere Vertei-
 43 lung dieser Lehrkräfte, damit neue und angehende von
 44 erfahrenen Kolleg*innen profitieren können. Eine bessere
 45 Verteilung muss dazu führen, dass die Schulen in beson-
 46 ders sensiblen Bereichen (Klassenleitung, Lernanfanga-
 47 klassen) grundsätzlich auf grundständig ausgebildete
 48 Lehrkräfte zurückgreifen können. Um die Qualität zu ver-

49 bessern, muss Berlin ein attraktiver Arbeitgeber für Lehr-
50 kräfte sein, daher müssen die Arbeitsbedingungen verbes-
51 sert werden: Entlastung von Verwaltungsaufgaben, er-
52 weiterte Möglichkeiten für Weiterbildung der Lehrkräf-
53 te schaffen, Klassenfrequenzen absenken bei gleichzeiti-
54 ger Kapazitätserhöhung, Stellen für multi-professionelle
55 Teams schaffen und verlässliche Schulreinigung sicher-
56 stellen.

57

58 **Investitionsstau auflösen – in Zukunft investieren**

59 In vielen Bezirken steuern wir auf einen erheblichen Man-
60 gel an Schulplätzen zu. Obwohl das Angebot an Schul- und
61 Kitaplätzen deutlich erhöht worden ist, wächst der Bedarf
62 weiter. Um dieses Problem zu lösen, sind vielfältige kreati-
63 ve Ansätze notwendig. Dazu gehört unter anderem die Sa-
64 nierung und Vergrößerung bestehender Schulen und der
65 Neubau. Soweit keine Leerflächen in der Umgebung einer
66 bestehenden Schule verfügbar sind, sollen auch kleine-
67 re Grünflächen, Gewerbeeinheiten und kulturell genutz-
68 te Flächen in die Planung einbezogen werden. Für uns als
69 SPD ist daher klar, dass bei der Vergabe von bezirklichen
70 Flächen zunächst geprüft werden muss, ob sie für einen
71 Schul- oder Kita-Standort in Frage käme. Dem Schul- und
72 Kitabau ist dabei Priorität einzuräumen und gegebenen-
73 falls entstehende Verluste an Grünflächen müssen an an-
74 deren Stelle ausgeglichen werden. Modulare Ergänzungsbau-
75 bauten auf Flächen von Schulhöfen sollen die Ausnah-
76 me bleiben und auf besonders dringliche Fälle beschränkt
77 bleiben. Flächen für den Schul- und Kitabau, die dem Land,
78 dem Bund oder privaten Eigentümer*innen gehören, sind
79 gezielt anzukaufen, sofern dies möglich ist.

80

81 Auch ehemalige Friedhöfe sollen als Schulstandort er-
82 tüchtigt werden. Da die Schulplatznot gerade im Innen-
83 stadtbereich am größten ist, soll auch geprüft werden, ob
84 Flächen, die an Private verpachtet sind, ebenfalls als Schul-
85 standort genutzt werden können. Gebäude müssen auch
86 architektonisch neu gedacht (z.B. Gestapelte Turnhallen,
87 Dachausbau) und auch Doppelnutzungen (beispielsweise
88 Schule und Kita bzw. Kita und Jugendfreizeiteinrichtung)
89 ermöglicht werden.

90

91 Für das Gelingen einer zukunftsorientierten Bildungsinfrastruktur ist die Dauer von Planungsverfahren deutlich zu senken. Geprüft werden muss, ob die externe Vergabe für Bedarfserhebung und Bauplanung, -steuerung und -aufsicht zu einer nachhaltigen Entlastung des Bezirksamts führt. Dazu bedarf es allerdings auf öffentlicher und privatwirtschaftlicher Seite konkreter Selbstverpflichtungen zu sozialen und nachhaltigen Standards.

99 Das Raumangebot ist an vielen Schulen und Kindergärten derzeit nicht ausreichend, um eine angemessene individuelle Förderung und Freizeitgestaltung mit sozial-

102 pädagogischer Betreuung zu gewährleisten. So sollten ein
103 Selbstlernzentrum, Differenzierungsräume, Erholungs-,
104 Schutz- und Ruheräume zu jeder Schule gehören.

105

106 **Qualifizierung und Kooperationen für Kinder und Jugend-**
107 **liche verstärken**

108 Berlin verfügt über kein eigenes Landesinstitut für Schu-
109 le. Dabei sind die Herausforderungen in Berlin, zumindest
110 in den Bereichen Schulentwicklung und Personalentwick-
111 lung, nicht mit denen in Brandenburg zu vergleichen. Des-
112 halb muss Berlin ein eigenes Landesinstitut haben, das al-
113 le Akteur*innen im Bildungsbereich vernetzt, Innovatio-
114 nen aufnimmt und Veränderungsprozesse begleitet.

115

116 Berlin verfügt über eine sehr differenzierte, bisweilen
117 auch unübersichtliche Landschaft von Einrichtungen zur
118 Förderung von Kindern und Jugendlichen, sowie der Bil-
119 dungsinstitutionen. Nach dem Vorbild anderer Stadtstaa-
120 ten sind die Akteure besser zu vernetzen. Das gilt auch
121 für die Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen
122 und den Sportvereinen, dem Quartiersmanagement, Kul-
123 tureinrichtungen, der Wirtschaft und anderen Akteuren.
124 Schulen benötigen mehr Freiheiten das Bildungsangebot
125 für ihre Schüler*innen zu gestalten. Die Schulen vor Ort
126 wissen am besten, was ihre Kinder und Jugendlichen be-
127 nötigen. Der Übergang von Bildungseinrichtungen muss
128 besser begleitet werden und darf nicht zur Unterbrechung
129 von Förderungsangeboten führen.

130

131 Kindertagesstätten sind auch Orte der Familienbildung.
132 Ihre vornehmliche Aufgabe ist die Stärkung der Kinder in
133 ihrer sozial-emotionalen Entwicklung. Hierfür stellen wir
134 den Pädagog*innen und Sonderpädagog*innen Sozialar-
135 beiter*innen in enger Zusammenarbeit an die Seite. Diese
136 unterstützen die Erziehungs- und Bildungspartnerschaft
137 im Rahmen der Familienbildung. Somit wird das pädago-
138 gische Team entlastet und kann sich auf die Arbeit mit den
139 Kindern konzentrieren.

140

141 Die strikte Trennung von äußeren und inneren Bildungs-
142 angelegenheiten ist eine Besonderheit des deutschen Bil-
143 dungssystems und muss überwunden werden. Auch die
144 Jugendclubs und Jugendzentren müssen dabei personell,
145 finanzielle und technisch unterstützt werden. Aufgabe
146 der bezirklichen Bildungspolitik muss auch die Förderung
147 von Kindern und Jugendlichen in ihrem Bezirk sein. Dazu
148 muss zumindest die Zusammenarbeit zwischen Bezirks-
149 amt und der Schulaufsicht deutlich verbessert werden.

150

151 **Die Chancen der Digitalisierung nutzen**

152 Die Digitalisierung verändert die Art und die Inhalte des
153 Lernens der Kinder und Jugendlichen. Ein Beispiel dafür ist
154 das Lernen über die Veränderung der Welt durch Künst-

155 liche Intelligenz. Es ist die Aufgabe der Bildungspolitik
156 die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Ein Breitbandan-
157 schluss für jede Schule ist dabei ein Mindeststandard. Der
158 Zugang zu digitalen Endgeräten und stabiles W-LAN im
159 gesamten Gebäude muss allen Schüler*innen für unter-
160 richtliche Zwecke offenstehen. Der Zugang zu digitalen
161 Endgeräten muss allen Schüler*innen ermöglicht werden,
162 insbesondere denen, die keinen Zugang im häuslichen
163 Umfeld haben. Die Programme aus dem Digitalpakt Schu-
164 le und dem Zusatzprogramm für die digitale Ausstattung
165 müssen zügig an allen Berliner Schulen umgesetzt wer-
166 den. Reibungsverluste, die durch die unterschiedlichen
167 Zuständigkeiten von Bezirk und Senat entstehen, müssen
168 durch klare Verantwortlichkeiten abgebaut werden.

169

170 In den letzten Monaten haben viele Lehrer*innen sich um-
171 fassend im Bereich digitaler Lernkonzepte fortgebildet.
172 Diese Qualifizierung weiterzuführen ist eine der herausra-
173 genden Aufgaben der Bildungspolitik. Da die Entwicklun-
174 gen in diesem Bereich immer weiter voranschreiten, for-
175 dern wir ein angemessenes Weiterbildungsbudget für al-
176 le Lehrer*innen, mit dem sie sich regelmäßig im Bereich E-
177 Pädagogik fortbilden können. Diese Aufgabe soll zentral
178 dem neu zu schaffenden Landesinstitut für Schule über-
179 tragen werden.

180

181 Dabei sind Lehrkräfte immer wieder mit völlig unzu-
182 länglichen Rahmenbedingungen konfrontiert: Es fehlen da-
183 tenschutzkonforme digitale Werkzeuge, moderne digitale
184 Lernplattformen, eine integrierte Verwaltungssoftware,
185 die Kommunikationsprozesse in den einzelnen Schulen
186 angemessen abbildet. Hier ist dringender Handlungsbe-
187 darf. Darüber hinaus soll jede Schule einen „Bildungs-
188 technologen“ beschäftigen, der neben den Fähigkeiten ei-
189 nes/r IT-Administrators/in auch e-pädagogische Kennt-
190 nisse mitbringt. Es soll geprüft werden, ob für diesen
191 Zweck ein neuer Studiengang eingeführt wird, um ent-
192 sprechendes Personal auszubilden. Kurzfristig sollen auch
193 Schulhausmeister*innen hier Fort- und Weiterbildungen
194 finanziert werden. Schulen so auch jetzt einen schnel-
195 len und konstanten digitalen Support bekommen. Hier-
196 für müssen Hausmeister*innen allerdings eine tarifliche
197 Erhöhung der Gehälter sowie zeitliche Kapazitäten erhal-
198 ten.

199

200 **Sprachbildung intensiveren**

201 Es bedarf verbesserter Bedingungen für Bildungseinrich-
202 tungen in den Bezirken mit vielen bildungsbenachteilig-
203 ten Familien. Dazu gehören Programme, die die Zusam-
204 menarbeit mit den Familien möglich machen und Fami-
205 lien intensiver begleitet werden können (Stadtteil*eltern,
206 Quartiersmanagement). Die guten bestehenden institu-
207 tionellen Ressourcen im Bereich Sprachförderung müssen

208 zusammengeführt werden. Mehrsprachige Kinder müs-
209 sen zwingend beim Erwerb der deutschen Sprache um-
210 fassend gefördert werden. Gleichzeitig erkennen wir, dass
211 unser Bezirk vielfältig und divers ist und es daher mehr
212 vielsprachiger Unterrichts- und Lehrmittelangebote be-
213 darf. Wodurch der Zugang besser ermöglicht, Spracher-
214 werb vereinfacht wird und auf die jeweiligen Sprachbe-
215 drüfnisse der Schüler*innen eingegangen werden kann.
216 Bis zum Ende des Kindergartens sollen sich die Kinder so
217 sicher mit der deutschen Sprache fühlen, dass diese in der
218 Grundschule und in der weiterführenden Schule keine un-
219 überwindbare Barriere oder zusätzliche Hürde mehr für
220 sie darstellt. Kinder mit erhöhten Förderungsbedarf sollen
221 an Schulen diskriminierungsfrei Zugang zu Sprachförde-
222 rung erhalten. Gleichzeitig ist die Familiensprache in Form
223 von Materialien, Vorlesenden in der Familiensprache oder
224 auch zentralen Buchempfehlungen in den Kindergärten
225 und Schulen sichtbar zu machen. Die Rahmenbedingung
226 und Orientierung für die Umsetzung, muss die Senatsver-
227 waltung, verbindlich für alle Kindergärten und Schulen,
228 setzen.

229

230 Damit für alle Kinder die gleichen Bildungschancen gel-
231 ten, muss auf die unterschiedlichen Situationen und Her-
232 ausforderungen der Kinder eingegangen und alles dar-
233 angesetzt werden, sie bestmöglich zu unterstützen und
234 allen Kindern frühzeitige Grundlagen für ihren späteren
235 Bildungsweg mitzugeben. Für die Durchsetzung und be-
236 darfungsgerechten Planung der Förderungen bedarf es ei-
237 ner verbindlichen Datengrundlage. Daher muss zunächst
238 die Doppelungen in der Sprachstanderhebung vermieden
239 werden und die systematische Zusammenführung von
240 Daten für eine bedarfsgerechte Planung der Förderinstru-
241 mente realisiert werden. Die bestehenden institutionel-
242 len Ressourcen im Bereich Sprachförderung müssen zu-
243 sammengeführt werden (ZeS , ZAS, BeKi , IQB, ANE). Die
244 erhobenen Daten müssen mit den Ergebnissen der Schul-
245 eingangsuntersuchung verknüpft werden. Es muss unver-
246 züglich mit der Planung für die Einführung eines diskri-
247 minierungsfreien, für alle Kinder gleichermaßen gelten-
248 den Test gearbeitet werden, dessen Ergebnis für die För-
249 derung nutzbar gemacht werden kann. Eltern sollten von
250 den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst im Gesund-
251 heitsamt angeschrieben werden und mit verbindlichen
252 Terminvorschlägen, für die Eltern, verbunden werden.